

Berantworter: Rebatur: H. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3—4.
Beauftragter: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mt.
Vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petzelle oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

Bur Stettiner Schulfrage.

(Ein Beitrag zum Schulwesen größerer Städte.)

So betitelt sich ein längerer Artikel der hiesigen "Neuen Stettiner Zeitung" vom 1. d. Mts., der in Verbindung mit einer unter denselben Datum und in derselben Angelegenheit erfolgten Veröffentlichung der "Stettiner Abend-Zeitung", des Organs des Herrn Dr. A m e l u n g, ganz dazu angehängt ist, die öffentliche Meinung irre zu führen. Zuerst ist es eine tatsächliche Unrichtigkeit, daß sich die Neuordnung der Schulverhältnisse in Stettin generell auf alle größeren Städte beziehe, sondern es ist vielmehr dem Herrn Stadtschulrat Dr. K r o s t a vor vielen Zeugen amtlich mitgetheilt worden, daß das Vorgehen des Kultusministers nur gegen die Person des Herrn Stadtschulrats Dr. K r o s t a gerichtet sei. Freilich liegen die Verhältnisse in Bezug auf Breslau, dessen Stadtschulrat mit Herrn Dr. K r o s t a erwiesenermaßen schon von Königsberg her in Beziehung steht. Es kann sich also nur um die Frage handeln, ob der preußische Kultusminister berechtigten Grund hatte, an der Person des Herrn Dr. K r o s t a Aufschluß zu nehmen und ihm seitherhin die Ausübung der königlichen Volkschulinspektion und die Stellung eines Dienstvorgesetzten des Lehrer nicht zu gestatten. Wir könnten zur Beantwortung dieser Frage uns ver sucht fühlen, das ganze Sünderregister des Herrn Dr. K r o s t a wieder aufzurollen; doch im Interesse unserer Leser, die mit diesem unerquicklichen Stoffe leider zu oft gepeist werden müssten, wollen wir uns bekränzen. Wir übergehen also das widerwärtige Denunziantenthum, welches unter Herrn Dr. K r o s t a in Stettin empfohlen ist, den Unfug mit der Altenabteilung, welchen der Prozeß Biermann K r o s t a aufgedeckt hat, den völlig taflosen Verlehr, welchen Herr Dr. K r o s t a mit den Lehrern pflegte, den Ruf der Unwahrhaftigkeit, den er bei Freund und Feind genoß, und dieses Andere. Nur zwei Punkte möchten wir nochmals hervorheben. Herr Dr. K r o s t a hat an biegsame Volkschullehrer unter Verkürzung des verfassungsmäßigen Petitionsrechtes das demoralisierende Assemin gestellt, dieſen sollten um persönlicher Vortheile willen ihre Unterschrift unter einer an den biegsigen Magistrat gerichteten Petition betreffend die Befreiung der Hauptlehrer stellen nachträglich zurückziehen. Herr Dr. K r o s t a hat ferner nach einer durchschwärzten Nach den Lehrer B i e r m a n n gegenüber dessen Berufsjugos einen "Eigner" genannt und später bei jedem Verhandlung, ohne daß er dem Lehrer B i e r m a n n auch nur die geringste Unwahrheit nachzuweisen vermöchte, in der öffentlichen Gerichtsverhandlung diese schwere Befreiung noch dahin vertheidigt, daß er dem Lehrer B i e r m a n n als einen Mann von "unwahrem Wesen" bezeichnete, "der sich selbst belügt". Die zweimalige gerichtliche Beurtheilung des Herrn Dr. K r o s t a stellte die Sache außer Zweifel. Konnte der preußische Kultusminister einem solchen Mann noch fernherin die Aussicht über das städtische Schulwesen und die Stellung eines Dienstvorgesetzten von hunderten von Lehrern und Lehrerinnen belassen? Indem die "Neue Stettiner Zeitung" der Person des Herrn Dr. K r o s t a auch nicht die leiseste Schuld bestreift; die "Stettiner Abend-Zeitung" aber zu dem Verbalen deselben nichts weiter bemerkt, als daß Herr Dr. K r o s t a seine Schwächen, wie jeder Sterbliche, haben werde, zeigen die beiden feindlichen Brüder, die Vorkämpfer des Stettiner Freisinn, daß sie in Bezug auf die Person des Herrn Dr. K r o s t a auch heute noch in dieselbe Kerbhauen und in jedem Augenblick bereit wären, ihm die Stellung eines königlichen Aufsichtsbeamten und Dienstvorgesetzten des Lehrer mit Freuden zu überlassen. Die Stettiner Lehrerschaft kann daraus ermessen, welche Achtung sie in ihrer Stellung als städtische Lehrer beim Stettiner Freisinn genießt. Die Stettiner Lehrer sollen den Vorwurf haben, den wir ihnen geben, lautete so wohl der sotsche Ausspruch des Herrn Dr. A m e l u n g.

Herr Dr. A m e l u n g hat in der Generalversammlung des Wahlvereins der freimaurischen Volkspartei vom 31. d. Mts. laut Bericht seines eigenen Organs gegen das deutsche Volk den Vorwurf erhoben, daß ihm „die Ideale“ verloren gegangen seien. Unsere gebräuchlichen Leiter kennen nur die „die Ideale“ des Herrn Dr. A m e l u n g z. B. in Bezug auf die städtische Sparkasse, die Redereiheit der Stadtverordneten und Anderes. Dagegen sein „Ideal eines städtischen Schulrats“ bedarf vielleicht noch einer ergänzenden Betrachtung. Herr Dr. A m e l u n g war nach unserer Meinung, wenigstens aus kommunalem Gebiete, stets Realpolitiker, wir erinnern z. B. an sein Verhalten in kommunal-Steuerausschüssen und in Angelegenheiten der biegsamen Sparkasse. Aber auch die Stettiner Lehrerschaft hat er stets von einer sehr realen Seite angesehen. Schon im Jahre 1866 befürwortete Herr Dr. A m e l u n g als Kommissionsreferent in der Stadtverordneten-Versammlung bei der Verhandlung über Ausübung der Magistratsbeamten-Wittwenkasse die Lebensversicherung der städtischen Beamten und Lehrer bei einer Lebensversicherungs-Gesellschaft. Denjenigen Beamten sollte ein Drittel der von ihnen bisher gezahlten Beiträge unter der Bedingung erstatte werden, dafür zu Gunsten ihrer Hinterbliebenen ein Kapital bei einer Lebensversicherungs-Gesellschaft zu versichern. Außerdem sollten alle städtischen Beamten und Lehrer künftig bei ihrer Anstellung den Nachweis führen, daß sie zu gleichem Zweck ein bestimmtes Kapital, dessen Höhe der Magistrat festzustellen habe, auf ihr Leben versichert hätten; auch sollten die Magistrat sich gutachtlich darüber äußern, ob und wie weit die Gehälter der jüngsten Beamten zur bessalligen Prämienzahlung ausreichen, und ob und wie weit die Lehrer von der jetzigen Zwangsvorbindlichkeit, einer biegsamen Wittwenkasse im Regierungsbezirk beizutreten, bestreit werden könnten. Besprüchtiglich der Magistratsbeamten kam in der That der erwähnte Lebensversicherungs-Abschluß mit der "Germania" zu Stande. Doch in Bezug auf die Lehrer mußte sich Herr Dr. A m e l u n g einzuweisen noch gebunden, bis im Winter 1887 der Herr Stadtschulrat Dr. K r o s t a die Sache in die Hand nahm, der damals bekanntlich als Dienstvorgesetzter der biegsamen Lehrer fungierte. Herr Dr. K r o s t a ließ also eines schönen Tages ein Verstandesmitglied des Stettiner Lehrer-Vereins beabsichtigt mit Verkehrssteuern beschäftigende Gejek steht naturgemäß in innigem Zusammen-

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, 9. Februar 1895.

Nahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. J. Bärk & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler, Copenhagen Aug. J. Wolff & Co.

einen von Herrn Dr. A m e l u n g ausgearbeiteten 4 Seiten langen Vertrag zwischen der "Germania" und dem "Stettiner Lehrer-Verein" vor, nach welchem den Mitgliedern des letzteren bei Lebensversicherungsschädlissen ganz außerordentliche Vergünstigungen gewährt werden sollten. Den Lehrern war dabei, wie die Vermittelung ihres Vorgesetzten zeigte, etwa dieselbe Freiheit der Bewegung zugesprochen, welche Herr Dr. A m e l u n g den Beamten der "Germania" zubilligte, als er im vorigen Sommer dem Herrn Prediger Dr. Scipio die Blätteraus der "Germania" zur Verfügung stellte, um seine Beamten in Gegenwart ihrer Vorgesetzten zur Eintragung in die Kirchenwahlliste von St. Jakobi zu veranlassen. Der Stettiner Lehrer-Verein wagte es nun aber trotz des sanften Druckes von oben, seine Selbständigkeit zu wahren und die Offerte des Herrn Dr. A m e l u n g abzulehnen. Seitdem war es freilich mit der Freiheit des Herrn Dr. A m e l u n g für die Lehrer vorbei; um so höher aber stieg seine Liebe und Verehrung für Herrn Dr. K r o s t a, der als städtischer Schulrat noch unbeweiht in solcher Weise das Interesse der "Germania" wahrzunehmen verstand. So löst sich wohl zum Theil das Rathsel der Wiederwahl des Herrn Dr. K r o s t a, deren man sich übrigens doch nachdrücklich geschamt hat, wie dies selbst ein Vorstand amtiert gließt, den diejenigen Wahlvereine der Freisinnigen Volkspartei vertrathen hat.

Bon dem vren bischen Kultusminister kam man doch aber in der That nicht verlangen, daß er sich von Rechten leiten lasse, sondern man muss vielmehr anerkennen, daß für ihn bei der Neuordnung der Stettiner Schulverhältnisse nur das Wohl der Schule und ihrer Lehrer den Ausdruck gegeben haben. Die "Neue Stettiner Zeitung" zweifelt daran, ob ein harmonisches Zusammenspiel zwischen dem neuernannten Kreis-Schulinspektor im Hauptamt und der Schulreputation zu Stande kommen werde. Dies bezeugen wir auch, so lange Herr Dr. K r o s t a Mitglied der Stadtschuldeputation ist und sogar darin den Voritz führt. Schon im Frühjahr 1894 hatten Freunde des Herrn Dr. K r o s t a und dieser selbst geäußert, wie wir seiner Zeit berichtet haben, daß dem an Stellte des Generalsuperintendenten Pötter nebenamtlich zum Kreis-Schulinspektor ernannten Provinzial-Schulrat B e t h e so viele Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden sollten, daß er von selbst auf Befreiung von seinem neuen Amt bitte. Wir hatten damals auf die ersten Folgen einer derartigen Obstruktion hingewiesen und speziell Herrn Oberbürgermeister H a k e n ersucht, auf seiner Hut zu sein, da er die Verantwortung für die Ernennung des Herrn Dr. K r o s t a zum Mitgliede der Stadtschuldeputation trage. Doch alle unsere Warnungen sind in dem Wub geschlagen worden. Wie es in dem von der "Neuen Stettiner Zeitung" erwähnten Schreiben des Kultusministers vom 19. Dezember 1894 heißt, ist dem Provinzial-Schulrat B e t h e „durch die erdrückende Anzahl von Anträgen und Rückfragen seitens der Stadtschuldeputation die fernere Amtsfüllung derartig erschwert worden, daß die Einstellung einer im Hauptamt wirkenden Kraft notwendig wurde“. Durch Obstruktion wollte man für Herrn Dr. K r o s t a die ihm entzogenen Schulaufsichtsrechte wiedererlangen, erzählte aber natürlich zum Schaden der städtischen Selbstverwaltung das gerade Gegenteil. Es zeugt von einem sehr geringen Grade von Einsicht und Selbstkenntniß, wenn die oben erwähnten Organe des Stettiner Kreisfus des Schulte an den Verlust des städtischen Schulaufsichtsrechts allen möglichen anderen Faktoren, nur nicht der unerträglichen Obstruktion des Herrn Dr. K r o s t a zufürchten. So wird denn Herr Dr. K r o s t a durch seine unentwegten Freunde direkt ermutigt, seine Künste nunmehr an dem Kreis-Schulinspektor im Hauptamt zu versuchen. Wir sind nun der Meinung, daß es entschieden im Interesse der städtischen Selbstverwaltung läge, derartige Obstruktion zu unterlassen und sich im Gegenthalt der größten Loyalität zu befehligen, um almalig das verlorene gegangene Vertrauen der Staatsregierung wiederzuerlangen. Wie die Entfernung des Herrn Dr. K r o s t a aus der Stadtschuldeputation scheint uns aber dieses Ziel nicht erreichbar. Herr Dr. A m e l u n g hat am 15. November d. J. den Antrag eingebrocht und seine Wiederholung in Aussicht gestellt, daß Herr Dr. K r o s t a in einem andern Rejort beschäftigt werden möge, weil er in der Schulverwaltung nichts mehr zu thun habe und sozusagen als Gemeinde-Rentier „ein Leben voller Ruhe“ führe. Möchte Herr Dr. A m e l u n g doch endlich sein Versprechen einlösen. Wir sind sogar damit einverstanden, wenn Herr Dr. A m e l u n g seinen Schüling in der "Germania" unterbricht, weil wir die etwa in Aussicht stehende Thätigkeit des Herrn Dr. K r o s t a in einem andern städtischen Rejort erfreut gering veranlagt und mit Freuden darauf verzichten. Keiner von Denen, die die Partei des Herrn Dr. K r o s t a ergriffen haben, ist bisher ohne Mackenschläge davongetragen. Dies mußte natürlich auch Herr Oberbürgermeister H a k e n erfahren, als ihm jüngst gegen Herrn Provinzial-Schulrat B e t h e erhobenen Vorwurfe der "Reitzenz" seitens des Herrn Regierungspräsidenten von S o m m e r f e i d eine Rüge entstehen. Ob wohl Herr Dr. S c h a r a u diese Rüge in der Stadtverordneten-Versammlung verlesen wird, wie er seinerzeit den Beweis des Herrn Prof. Dr. J o n a s mitgetheilt hat?

Der Entwurf eines preußischen Stempelsteuergesetzes,

dessen baldige Vorlegung der Justizminister bereits bei der ersten Beratung des Entwurfs des preußischen Gerichtssteuergesetzes in Aussicht gestellt hatte, ist dem Landtage nunmehr zugegangen, so daß beide Gesetzentwürfe, die mit einander in vielfachen Beziehungen stehen, neben einander werden zur Beratung gelangen können.

Die gegenwärtigen für die Erhebung des preußischen Urkundenstamps maßgebenden Bestimmungen beruhen zum wesentlichen Theil auf dem vor mehr denn siebzig Jahren erlassenen Gesetz wegen der Stempelsteuer vom 7. März 1822, welcher mit unerheblichen Abweichungen auch für die im Jahre 1866 mit der Monarchie vereinigten Landesheile Geltung erlangt hat. Dieses sich hauptsächlich mit Verkehrssteuern beschäftigende Gesetz steht naturgemäß in innigem Zusammen-

hang mit unserem gesamten wirtschaftlichen Verkehrsleben, und deshalb ist es erklärlich, daß die unter einfachen Verkehrsverhältnissen entstandenen Bestimmungen gegenüber dem bedeutenden Aufschwung, den Handel und Wandel im Laufe der Zeit und vornehmlich in den letzten Jahrzehnten genommen haben, häufig nicht mehr zu genügen vermögen und manifsche Unvollkommenheiten und Lücken aufweisen. Eine systematische, gehebebare Weiterentwicklung des Stempelrechts hat nicht stattgefunden, vielmehr hat sich die Gesetzgebung damit begnügt, nur die am meisten hängen mit unserem gesamten wirtschaftlichen Verkehrsleben, und deshalb ist es erklärlich, daß die unter einfachen Verkehrsverhältnissen entstandenen Bestimmungen gegenüber dem bedeutenden Aufschwung, den Handel und Wandel im Laufe der Zeit und vornehmlich in den letzten Jahrzehnten genommen haben, häufig nicht mehr zu genügen vermögen und manifsche Unvollkommenheiten und Lücken aufweisen. Eine systematische, gehebebare Weiterentwicklung des Stempelrechts hat nicht stattgefunden, vielmehr hat sich die Gesetzgebung damit begnügt, nur die am meisten

wahret zu haben scheint. Sie bestätigt die gute, ruhige Haltung der Offiziere und Mannschaften, schreibt dann weiter, daß sie mit vieler Mühe schon halb erstarzt in das Boot gezogen werden sei, in welchem sie dann gerettet wurde. Diese Angaben sind auch durch den Besitzer bekräftigt worden. Damit entfallen die Behauptungen des Herrn Bevara und der "Pal Mall Gazette", die gar gefährdet waren, als sei, als die Dame das Ruder ergriffen hatte, der Ruis erschollen, man solle sie zurückstoßen.

Was in deutschen Kreisen hier und da verstimmt haben mag, ist das Verhältnis in dem die Zahl der geretteten Mannschaften zu der der geretteten Passagiere gespannt hat, obwohl auch hier die Zeit zu der die Katastrophe erfolgte und die Schnelligkeit des Unterganges des Schiffes nicht übersehen werden sollte. Inzwischen ist aber nachgewiesen, daß die Zahl der Mannschaften auf dem geretteten Boot nicht die nach der Bootsrolle vorgeschriebene und für die Steuerung des Bootes erforderliche Zahl erreicht hat. Bei dem schweren Segeln würde voraussichtlich auch von dem Boot, dessen Insassen gerettet wurden, Niemand am Leben geblieben sein, wenn das Verhältnis zwischen Passagieren und Mannschaften das umgekehrte gewesen wäre. jedenfalls liegt bis jetzt nichts vor, was den Anfang, die gegen eine überall rühmlich bekannte Mannschaft und gegen ehrenwerte Offiziere erhoben wurden, auch nur den Schatten der Berechtigung verleihen könnte.

Zum Untergang der "Elbe" erhält die "Weser-Zeitung" aus Bremerhaven folgende Zuschrift:

"Um den machlosen Beschuldigungen entgegzen zu können, welche von Leuten, die ihre eigenen Angehörigen in Stich ließen, jetzt gegen die Besatzung des Dampfers "Elbe" geäußert werden, teilte ich Ihnen noch einen Zug von Kapitän v. Goessel mit. Unser Bootse der Garde war wohl der letzte, welcher bei ihm auf der Brücke war und die Dampfsirene als Notignal erklingen ließ, da Kapitän v. Goessel den ersten Offizier nach den Booten geschickt hatte. Wie nun die Dampfsirene einmal in Unordnung geriet, hat Kapitän v. Goessel noch selbst dabei geholfen, dieselbe wieder in Ordnung zu bringen, und wie der Bootse fragt: 'Kapitän, wollen Sie keinen Rettungsschlüssel haben?' antwortet er in aller Ruhe: 'Nein, Bootse, ich habe keinen Rettungsschlüssel nötig', und er schickte kurz darauf den Booten mit einer dientlichen Fregatte an den ersten Booten mit einer Rettungsschlüssel und einer Rettungsschleppkette, die gegen das jetzige Stempelgesetz erhabenen zahlreichen Klagen befeiligt werden. Außerdem ist eine Reihe anderer mehr oder weniger erheblicher Steuererleichterungen und Belohnungen, namentlich zu Gunsten geringwerthiger Gejek, auf dem Blatt des "Norddeutschen Lloyd" sein Verleid aus.

Wie a.s. Vorworf, 8. Februar, gemeldet wird, sind zwei weitere Leichen von den mit der "Elbe" Bergungsschiffen gelandet. Nach den bei Ihnen vorgefundene Bissitenarten nimmt man an, daß es die Leichen des Dr. Julius Dittrich aus New York und des Louis Kurt Kleinmöbius aus Helena-Montana sind. Auch das Rettungsschiff Nr. 5 der "Elbe" wurde heute eingeholt. Es war leer; eine Luftsämmere war geplatzt. Es war leer; eine Luftsämmere war geplatzt.

Aberdeen, 8. Februar. Die Mannschaft des Dampfers "Trathie" begab sich heute nach dem Untergang des Inganges der Steuer, insbesondere des Wettbewerbstamps, bestimmt die Bezeichnung des Begriffs der stempelschichtigen Geschäfte, die nach der Absicht des Gejekbers von einer hohen Steuer getroffen werden sollen, in Beurkundungsformen einzuleiden, in denen sie einer Stempelabgabe entweder gar nicht oder doch nur in unzähliger Weise unterliegen. Im Weiteren ist die Einstellung einer im Hauptamt wirkenden Kraft notwendig geworden, um die Abschaffung der Stempelgesetz erhabenen zahlreichen Klagen befeiligt werden. Außerdem ist eine Reihe anderer mehr oder weniger erheblicher Steuererleichterungen und Belohnungen, namentlich zu Gunsten geringwerthiger Gejek, auf dem Blatt des "Norddeutschen Lloyd" sein Verleid aus.

Wie a.s. Vorworf, 8. Februar, gemeldet wird, sind zwei weitere Leichen von den mit der "Elbe" Bergungsschiffen gelandet. Nach den bei Ihnen vorgefundene Bissitenarten nimmt man an, daß es die Leichen des Dr. Julius Dittrich aus New York und des Louis Kurt Kleinmöbius aus Helena-Montana sind. Auch das Rettungsschiff Nr. 5 der "Elbe" wurde heute eingeholt. Es war leer; eine Luftsämmere war geplatzt. Es war leer; eine Luftsämmere war geplatzt.

Berlin, 9. Februar. Dem Magistrat und den Stadtverordneten in Potsdam ist das nach folgend faßlicher Handschreiben zugegangen:

"An den Schwelle eines neuen Lebensjahres wiederum von den Vertretern meiner lieben Heimatstadt Potsdam trete Glück und Segenswünsche für Mich und die Meinen entgegen nehmen zu können, war mir eine große Freude. Dem Magistrat und den Stadtverordneten spreche ich daher meinen wärmsten Dank für den erneuten Ausdruck siebelloller Abhängigkeit mit der Erfahrung aus, daß die Stadt Potsdam mit ihrer treuen Bürgerchaft, ihren zahlreichen Erinnerungen an die schöpferische Thätigkeit meiner Ahnen und ihrer reizvollen Umgebung allezeit mein regstes Interesse und Wohlwollen genießen wird."

Berlin, den 4. Februar 1895.

ges. Wilhelm R.

— Der Wahlspruch der Allgemeinen Deutschen Burschenschaft lautet bestimmt: Ehre!

Freiheit! Vaterland! Wie nun die "Burschenschaftlichen Blätter" mittheilen, wurde auf dem von 5. bis 7. Februar in Berlin abgehaltenen Burschentag folgende Erklärung des in A. D. C. vereinigten 48 deutschen Burschenschaften abgegeben:

"Im ersten Heute der Zeitschrift "Der sozialistische Akademiker" (erschienen in Berlin, 1. Januar 1895) wird unter der Überschrift: "Was wir wollen", die deutsche Studentenschaft aufgerufen, sich an der revolutionären sozialistischen Propaganda zu beteiligen. Der Schlussatz dieses Aufsatzes lautet:

"Wir stehen hier als freie Burschen, eingedenk des alten Spruches: Für Ehre, Freiheit und Vaterland! — Was ist unter Vaterland? Für Alle, die menschlich fühlen können, nicht jenes Stückchen Erde, das ein beutigerlicher Herr ist, das ein abhängiger Unternehmer als Stammvater unserer Nation erlernen will; was ist unsere Freiheit? Die Freiheit jedes Menschen, nach seinen Fähigkeiten zu arbeiten und nach seinen Bedürfnissen zu genießen; was ist unsere Ehre? Gibt das eine Würde, was wir für wahr und richtig halten, was wir für Ehre, Gleichheit und Brüderlichkeit, es ist unsere Ehre, den Sozialismus zu propagieren. Hoch der internationale, revolutionäre Sozialismus!"

Wir deutschen Burschenschaften weisen mit Entrüstung diesen Mißbrauch unseres Wahlspruchs zurück sowie die Unterstellung, als ob wir uns

In der belgischen Repäsentantenkammer stand gestern die Interpellation Lorand über die Kongress-Gelegenheit zur Beratung. Der Minister des Auswärtigen Graf v. Merode erklärte unter großer Auflösung, daß die Bevölkerung eines Bezirksgerichtsprengels ihr verhältnismäßiges Wahlrecht nicht ausüben könne. Für die Regierung sei der Grund nicht maßgebend, daß das Wahlrecht geschützt werden müsse. Der Statthalter wandte sich gegen die Abgeordnete Cornel Abrant für schuldig erklärt und zu achtmonatlichem Arrest und Verbau verurteilt. Unmittelbar nach der Beratung wandte sich der Abgeordnete Abrant an die Appellations-Kammer, deren Mitglied er ist, mit der Anfrage, ob er nun auch noch fernherin sein Mandat als Volksvertreter behalten und Mitglied der Partei bleiben könne. Die Nationalpartei beteiligte sich in dieser Angelegenheit eine Sonderkonferenz ein, welche einstellig den Beschluss fakte: Abrant habe „aus politischen Motiven in Beurteilung öffentlicher Freiheiten“

